



– Ausfertigung –
Amtsgericht Dessau-Roßlau

Im Namen des Volkes!

Urteil

In der Strafsache

gegen

Michael S

Verteidiger: Rechtsanwalt Felix Isensee

wegen versuchter Körperverletzung

hat das Amtsgericht Dessau-Roßlau – Strafrichter –

aufgrund der Hauptverhandlung vom 24.10.2018, 9.11.2018, 23.11.2018, 10.12.2018, 19.12.2018, 10.1.2019, 25.1.2019, 1.2.2019 sowie 22.2.2019, an der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht Rosenberg
als Strafrichter

Staatsanwältin Legner
als Beamtin der Staatsanwaltschaft

Rechtsanwalt Felix Isensee
als Verteidiger

Justizfachangestellter Görmer
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

im Termin am 22.2.2019 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Michael S wird wegen versuchter Körperverletzung in zwei
rechtlich zusammentreffenden Fällen

zu einer Geldstrafe in Höhe von 15 Tagessätzen zu je 20,- €

verurteilt.

Dem Angeklagten S wird nachgelassen, die Geldstrafe in monatlichen Raten zu je 20,- €, beginnend ab dem auf die Rechtskraft folgenden Monat zu zahlen. Die Vergünstigung der Ratenzahlungsbewilligung entfällt, wenn der Angeklagte zwei Teilbeträge nicht oder nicht fristgerecht zahlt.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Angewendete Vorschriften:

§§ 223 Abs. 1, Abs. 2, 22, 23, 42, 52 StGB.

Gründe:

I.

Der Angeklagte ist ledig und er hat keine Kinder. Er bezieht Leistungen nach Hartz IV in Höhe des Regelsatzes von 424,- € sowie etwa 370,- € für seine Mietkosten, so dass insgesamt etwa 794,- € monatlich vom Leistungsträger für den Angeklagten gezahlt werden. Im Bundeszentralregister sind keine Eintragungen des Angeklagten enthalten.

II.

Der Angeklagte war am 7.1.2016 Teilnehmer einer Demonstrationsveranstaltung zum Gedenken anlässlich des 11. Todestages von Oury Jalloh in Dessau. Nachdem sich etwa gegen 15.00 Uhr der Demonstrationzug vom Hauptbahnhof in Dessau-Roßlau vor das Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau in der Ruststraße 5 begeben hatte, fand dort eine Zwischenkundgebung statt, bei welcher unter anderem Redebeiträge gehalten und auch symbolisch Feuerzeuge abgelegt wurden. Währenddessen kam es auch zu Schneeballwürfen auf die Polizeibeamten Dikta, Lotze, Mücke, Koop und Vorsprecher, die zur Sicherung des Dienstgebäudes vor dem Eingang zur Staatsanwaltschaft standen, damit während der Demonstrationsveranstaltung niemand unberechtigt das Gebäude der Staatsanwaltschaft betritt. Der Angeklagte hat dort über ein Mikrofon am Lautsprecherwagen, der an der Einfahrt zum Haupteingang der Staatsanwaltschaft abgestellt war, einen Redebeitrag gehalten, in welchem er unter anderem ankündigte, dass nun Feuerzeuge, die im Fall Oury Jalloh ein besonderes Symbol seien, vor der Staatsanwaltschaft den dortigen Polizeibeamten vor die Füße geworfen werden sollen. Sodann begab sich der Angeklagte von dem Lautsprecherwagen über den gepflasterten Weg durch die Menge anderer Demonstrationsteilnehmer bis etwa 5-10 Meter vor den Eingang des Gebäudes der Staatsanwaltschaft. Von dort warf er sodann, hinter einem Transparent stehend, welches durch andere Demonstrationsteilnehmer gehalten wurde, etwa 3 Mal mehrere Feuerzeuge in Richtung Eingangsbereich des Gebäudes der Staatsanwaltschaft vor die dort stehenden Polizeibeamten. Die Feuerzeuge holte er mit seiner linken Hand aus einer bräunlichen, knapp Din-A-4 großen Tüte, die er in seiner rechten Hand hielt. Nachdem der Zeuge Thomas Ndindah, der an den Demonstrationsteilnehmern mit dem Banner vorbei unmittelbar vor die Polizeibeamten getreten war und dort mehrere Feuerzeuge unmittelbar vor den Füßen der Polizeibeamten ausgekippt hatte, sich zurück zum Lautsprecherwagen begeben hatte, um dort seinen

Redebeitrag von etwa 3-minütiger Dauer zu halten, trat der Angeklagte vor die erste Reihe der Demonstrationsteilnehmer und warf von dort mehrere Feuerzeuge gezielt in Kopfhöhe auf die vor dem Eingang der Staatsanwaltschaft stehenden Polizeibeamten. Dabei nahm er zumindest billigend in Kauf, die Polizeibeamten oberhalb ihrer Schutzkleidung im Kopfbereich zu treffen und ihnen hierdurch Schmerzen zuzufügen. Die Polizeibeamten PK Dikta und PK Lotze konnten jeweils nur durch Meidbewegungen mit Kopf und Oberkörper verhindern, jeweils von mindestens einem Feuerzeug, welches der Angeklagte in ihre Richtung geworfen hatte, im Kopfbereich getroffen zu werden. Die Polizeibeamten hatten ihre zur Einsatzrüstung gehörenden Helme am Körper dabei, trugen diese aber nicht auf dem Kopf.

III.

Die Feststellungen zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Angeklagten beruhen auf den Angaben des Angeklagten sowie dem in der Hauptverhandlung verlesenen Auszug aus dem Bundeszentralregister.

Die Feststellungen zum Sachverhalt beruhen auf den glaubhaften Angaben der glaubwürdigen Zeugen PK Dikta, PK Lotze und PK Bastian sowie den in der Hauptverhandlung in Augenschein genommenen Videoaufzeichnungen, die am Tattag am Tatort erstellt worden sind.

Der Angeklagte hat sich zum Anklagevorwurf dahingehend eingelassen, die Anklage sei eine Lüge und beruhe auf den abgesprochenen, konstruierten Absprachen von 6 Polizeibeamten. Der Verteidiger hat für den Angeklagten erklärt, dieser sei seit Anfang an in der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh aktiv.

Der Zeuge PK Dikta hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung glaubhaft ausgesagt, er sei an diesem Tag anlässlich einer Demonstration als Polizeibeamter in Dessau eingesetzt gewesen. Im Vorfeld hätten sich mehrere Demonstrationsteilnehmer im Gebäude der Staatsanwaltschaft aufgehalten, weshalb er mit seiner Gruppe den Auftrag erhalten habe, sich vor dem Eingang der Staatsanwaltschaft zu postieren, um ein weiteres Einfließen und einen weiteren Zulauf in die Staatsanwaltschaft zu verhindern. Eine der Kundgebungen auf der Demonstration habe vor der Staatsanwaltschaft stattgefunden, bei der auch mehrere Redebeiträge gehalten worden seien. Zum Ende dieser Zwischenkundgebung sei vor der Staatsanwaltschaft ein symbolisches Ablegen von Feuerzeugen geplant gewesen. Weil sie als Polizeibeamte nun dort gestanden hätten, seien die Feuerzeuge zunächst zu ihren Füßen abgelegt bzw. auch ihnen vor die Füße geworfen worden. Es habe auch mehrere Schneeballwürfe gegeben, die in Richtung der Polizeibeamten erfolgt seien. Es seien auch Feuerzeuge aus den hinteren Reihen auf die Polizeibeamten geworfen worden. Dann sei der Beschuldigte besonders aufgefallen, weil er mehrfach in einen hellen Stoffbeutel gegriffen und anschließend in Richtung der Polizeibeamten geworfen habe. Zunächst seien Feuerzeuge vor ihre Füße geworfen worden, dann auf den Körper, wo sie abprallten. Er habe Blickkontakt zu dem Angeklagten gehabt, als von diesem gezielt auf ihn geworfen worden sei. Bei mindestens einem Wurf habe er genau sehen können, wie mindestens ein Feuerzeug von dem Wurf des Angeklagten so auf ihn zugekommen sei, dass er nur durch Meidbewegung habe ausweichen können, sonst hätte ihn das Feuerzeug im Gesicht getroffen. Aufgrund des Zeitablaufs wisse er heute nicht mehr, bei wievielen Würfen er insgesamt habe ausweichen müssen, es sei aber mindestens ein Wurf gewesen, bei dem es sonst zu einem Treffer in seinem Gesicht gekommen wäre. Für ihn habe daraufhin der Anfangsverdacht einer versuchten Körperverletzung bestanden, was er seinem Vorgesetzten gemeldet habe. Da bei dieser Demonstration alles unter Polizeiführervorbehalt gestanden habe, hätten sie einer Erlaubnis bedurft, ob sie eingreifen dürfen. Deshalb habe auch die Beweissicherungseinheit, die zugegen gewesen sei, zu dieser Zeit nicht gefilmt und keine Videoaufzeichnung gefertigt. Es müsste aber später eine fotografische Sicherung der örtlichen Gegebenheiten erfolgt sein. Eine

Personenbeschreibung habe er weitergegeben. Nach mehreren Zwischenkundgebungen habe sich der Beschuldigte vom Polizeirevier kommend von den übrigen Demonstrationsteilnehmern entfernt und sei allein Richtung Bahnhof unterwegs gewesen, weshalb er seine Vorgesetzten darauf hingewiesen habe, dass dies eine geeignete Situation zur Identitätsfeststellung sei. Nachdem die Durchführung der Maßnahme durch seinen Vorgesetzten positiv beschieden worden sei, sei der Beschuldigte durch ihn angesprochen und belehrt worden. Nach seinem Hinweis, dass sie eine Identitätsfeststellung durchführen wollen, habe sich der Beschuldigte uneinsichtig gezeigt und versucht, sich der Maßnahme zu entziehen. Schließlich sei auf dem Kaufland-Parkplatz die Identitätsfeststellung bei dem Beschuldigten durchgeführt worden.

Auf weitere Fragen hat der Zeuge angegeben, er sei mit den Kollegen Koop, Vorsprecher, Lotze und noch einem vor dem Eingang der Staatsanwaltschaft von der Ruststraße kommend postiert gewesen. Die Kollegen Bastian und Schneider vom Beweissicherungs- und Dokumentationsteam hätten weiter rechts von ihnen, seitlich gestanden. Er könne nicht sagen, ob noch Handlungen des Angeklagten dokumentiert worden seien, sie hätten damals erst filmen dürfen, wenn eine Handlung bereits stattgefunden hat. Auch die Dokumentation habe unter dem Vorbehalt der Polizeiführung gestanden. Der Angeklagte habe in einen Beutel reingegriffen, eine ganze Hand voll aus dem Beutel rausgeholt und in ihre Richtung geworfen. Der Angeklagte sei prägnant gewesen, weil er der Einzige gewesen sei, der so viele Feuerzeuge geworfen habe. Er habe dabei direkt vor ihnen maximal 6 Meter von den Beamten entfernt gestanden, er sei gut wahrnehmbar gewesen. Aufgrund der Vielzahl der Feuerzeuge habe es eine Streuung gegeben, mindestens eines sei, wie zuvor beschrieben, in seine Richtung in Kopfhöhe auf ihn zugekommen. An die genaue Wurfbewegung habe er aufgrund des Zeitablaufs heute keine Erinnerung mehr, es wäre spekulativ, diese näher zu beschreiben. Er meine aufgrund seiner verblassten Erinnerung, es müsste ein gezielter Wurf von oben gewesen sein, genaue Erinnerungen hieran habe er aber nicht. Es sei aber keine Parabelkurve gewesen, das Feuerzeug kam zielgerichtet, es müsse auch einige Kraft dahinter gesteckt haben. Schutzhelme hätten sie dabei gehabt, aber nicht aufgesetzt. Das habe auch unter Polizeiführervorbehalt gestanden. Diese würden sie nur aufsetzen, wenn Steine fliegen. Schneebälle seien von einer größeren Anzahl von Versammlungsteilnehmern geworfen worden, aus allen Richtungen, und zwar gezielt auf die Beamten. Diese Würfe seien aber aus den hinteren Reihen erfolgt, so dass sie die Personen nicht hätten erkennen können.

Auf weitere Fragen hat der Zeuge ausgesagt, bei ihm selber habe es auch Treffer von Feuerzeugen am Körper gegeben, und auch Kollegen hätten ihm berichtet, dass sie getroffen worden seien. Dann seien die Würfe des Angeklagten zielgerichteter geworden. Es habe mehrere Würfe auf Kopfhöhe gegeben, die genauere Anzahl könne er nach so langer Zeit nicht mehr eingrenzen. Es seien auf jeden Fall mehrere auf Kopfhöhe gewesen, wobei er mindestens einem Feuerzeug habe ausweichen müssen. Bei dem Wurf sei der Beschuldigte etwa 5-6 Meter von ihnen entfernt gewesen, er habe in vorderster Reihe gestanden. Nach seiner Wahrnehmung hätten auch andere Kollegen seiner Gruppe ausweichen müssen. Der Angeklagte habe mehrere Feuerzeuge geworfen, die auf die gesamte Gruppe niedergegangen seien, wobei es eine Streuung gegeben habe, es sei mal nach rechts, mal nach links ausgeholt worden. Er habe auch beobachtet, was seinen Beamten passiere, weil er Gruppenführer sei. Deshalb habe er gesehen, wie seine Beamten dagestanden und Meidbewegungen vollzogen hätten. Es habe auch eine unbestimmte Anzahl von Treffern durch andere Werfer gegeben, die aus den hinteren Reihen geworfen hätten und die sie deshalb nicht hätten zuordnen können. Das sei über einen Zeitraum von ein paar Minuten gegangen, zum Ende der Zwischenkundgebung.

Die Angaben des Zeugen Dikta waren glaubhaft, der Zeuge war glaubwürdig. Insbesondere war auch glaubhaft, dass er aufgrund des Zeitablaufs keine konkreten Erinnerungen mehr an die Wurfbewegung des Angeklagten hatte und es deshalb bewusst unterlassen hat, hierüber zu spekulieren. Das Gericht schließt in der Gesamtschau der Hauptverhandlung auch aus, dass der Zeuge Dikta den Angeklagten zu Unrecht belasten wollte, zumal, so seine

Aussage, er den Angeklagten am Tattag zum ersten Mal (bewusst) gesehen hat. Es ist nachvollziehbar und die Regel, dass Zeugen, die Opfer einer Straftat wie beispielsweise einer Körperverletzung oder einer Beleidigung gewesen sind, nach Jahren nur noch rudimentär in Erinnerung haben, dass es die Straftat gegeben hat sowie was die Handlung als solche gewesen ist, wie hier der Feuerzeugwurf im Kopfbereich, ohne Einzelheiten wie konkrete Ausdrücke bei einer Beleidigung oder die Anzahl von Schlägen nach Jahren noch wiedergeben zu können. Dies spricht auch vorliegend für die Glaubhaftigkeit der Zeugenangaben und die Glaubwürdigkeit des Zeugen, der Erinnerungslücken offen zu erkennen gegeben und es unterlassen hat, den Angeklagten durch spekulative Äußerungen ggf. zu Unrecht zu belasten. Soweit der Zeuge Dikta angegeben hat, es sei aus seiner Sicht eine aufgeheizte Stimmung gewesen und es habe verstärkt beim Ablegen der Feuerzeuge auch beleidigende Äußerungen gegeben, wohingegen beispielsweise der Zeuge Steinberg ausgesagt hat, dass er dies nicht so empfunden habe, wurden die Angaben des Zeugen Dikta durch die vom Verteidiger vorgelegte und in Augenschein genommene Videoaufzeichnung untermauert, auf der auch lautstarke im Sprechchor vorgetragene Rufe, die wie "fuck the police" klingen, wahrnehmbar waren.

Der PK Lotze hat als Zeuge bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung glaubhaft ausgesagt, sie seien an dem Tag zu einem Einsatz in Dessau gewesen und seien vor dem Eingang der Staatsanwaltschaft eingesetzt worden, um zu verhindern, dass weitere Personen die Staatsanwaltschaft betreten, nachdem einige Demonstranten den Vorraum der Staatsanwaltschaft betreten hatten. Aus der Demonstration heraus habe es Sprechchöre und Lautsprecheransagen gegeben. Durch Demonstranten seien Schneebälle geworfen worden und Feuerzeuge seien den Polizeibeamten vor die Füße geworfen worden. Der Angeklagte sei aus der Menge der Demonstrationsteilnehmer hervorgetreten und habe gezielt Feuerzeuge auf die Polizeibeamten geworfen. Er habe einen Beutel gehabt, in den er reingegriffen habe, aus dem er Feuerzeuge herausgeholt und dann auf die Polizeibeamten geworfen habe. Es seien jeweils mehrere Gegenstände unkontrolliert in ihre Richtung geworfen worden, so dass sie hätten ausweichen müssen. Der Gruppenführer habe dies gemeldet und angefragt, ob eine Identitätsfeststellung erfolgen solle, woraufhin die Polizeiführung entschieden hätte, dass diese später erfolgen solle. Nach seiner Erinnerung seien es mehrere Würfe des Angeklagten gewesen, wobei er an eine Wurfbewegung nach so langer Zeit keine Erinnerung mehr habe. Sie als Gruppe, die sie in Reihe vor der Staatsanwaltschaft gestanden hätten, hätten nicht stehenbleiben können, ohne nicht getroffen zu werden. Er selbst sei nicht getroffen worden, sei aber ausgewichen, um nicht getroffen zu werden. Er sei mit dem Oberkörper ausgewichen, um nicht am Kopf getroffen zu werden. Zudem habe er wahrscheinlich einen Schritt zur Seite gemacht. Dies sei mindestens einmal der Fall gewesen, wobei es sich dabei explizit um einen Wurf des Angeklagten gehandelt habe. Er habe durch das Auftreffen der Gegenstände an der Glastür hinter ihm und auf dem Pflasterboden gehört, dass es sich um harte Gegenstände gehandelt habe, die geworfen wurden, weshalb es eine Reflexbewegung gewesen sei, den geworfenen Gegenständen auszuweichen. Vor diesen Würfen sei sein Blick auf die Versammlungsteilnehmer insgesamt gerichtet gewesen. Nach dem ersten Wurf sei der Fokus seines Blickes auf den Angeklagten gerichtet gewesen, der in der ersten Reihe gestanden und geworfen habe. Er könne aus eigener Erinnerung nicht mehr sagen, inwieweit andere Kollegen auch ausgewichen seien. Die Anzeige, die der Kollege Vorsprecher gefertigt habe, habe ihm vor seiner Zeugenvernehmung vorgelegen. Laut dieser soll es auch im Vorfeld der Würfe des Angeklagten zu Treffern gekommen sein. Im Vorfeld zu den Würfen des Angeklagten seien die Würfe jedoch aus der Tiefe der Menge heraus erfolgt, wobei er heute keine Erinnerung daran habe, ob es dabei Treffer gegeben habe. Die Identitätsfeststellung des Angeklagten sei auf dem Weg zum Hauptbahnhof auf Höhe Kaufland erfolgt. Bei dieser seien sie sich einig gewesen, dass es sich um besagten Herren, also den Werfer gehandelt habe.

Die Angaben des Zeugen Lotze waren glaubhaft, der Zeuge war glaubwürdig. Der Zeuge hat auch Erinnerungslücken, die aufgrund des Zeitablaufs seit der Tat nachvollziehbar waren, bei seiner Aussage stets deutlich gemacht. Weiter wurde bei der Aussage des Zeugen auch

deutlich, was der Zeuge trotz der Zeitdifferenz noch in Erinnerung hat und was ihm lediglich noch aus der schriftlichen Anzeige, die er nach seiner Aussage etwa eine Woche vor seiner gerichtlichen Vernehmung gelesen habe, bekannt ist. Glaubhaft und nachvollziehbar war deshalb auch, dass der Zeuge im Wesentlichen nur noch in Erinnerung hatte, dass er selbst auch mindestens einmal den Würfeln des Angeklagten habe ausweichen müssen, um nicht von "harten Gegenständen" schmerzlich getroffen zu werden, wobei der Angeklagte aus der ersten Reihe heraus mit einer Entfernung von vielleicht 5 Metern geworfen habe, während andere Werfer aus den hinteren Reihen heraus geworfen hätten und nicht identifizierbar gewesen seien. Auch war nachvollziehbar, dass sich Wahrnehmung und Erinnerung des Zeugen Lotze darauf konzentriert haben, was ihm selbst widerfahren ist und nicht auf das, was mit seinen Kollegen gewesen ist, zumal die Kollegen in einer Reihe neben ihm gestanden haben, während seine Blickrichtung auf den Angeklagten gerichtet gewesen ist.

Der Zeuge PK Bastian hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung glaubhaft ausgesagt, er sei zur alljährlichen versammlungsrechtlichen Lage in Dessau im Einsatz gewesen und er sei der Führer des Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps gewesen, zu dem neben ihm der Kollege Schneider gehört habe. Die weiteren Kollegen hätten den Auftrag gehabt, den äußeren Eingangsbereich der Staatsanwaltschaft zu besetzen, um ein Eindringen und Beschädigungen zu verhindern. Er selber habe nicht direkt vor dem Eingang gestanden, sondern ein Stück abgesetzt davon auf der Wiese. Im weiteren Verlauf seien aus dem inneren Bereich der Demonstrationsteilnehmer Schneebälle geworfen worden, und auch Feuerzeuge seien abgelegt und geworfen worden. Vereinzelt habe es aus der Menge heraus auch scharfe Würfe gegeben, wobei es zunächst zu einzelnen Treffern im Beinbereich gekommen sei. Er habe daraufhin über Funk nachgefragt, ob er eine Freigabe zum Start der Videoaufzeichnung erhalte, diese sei an die Polizeiführung gebunden gewesen. Er habe versucht, eine Freigabe zu erhalten. In der Zwischenzeit sei der Angeklagte hervorgetreten. Dieser sei auffällig gekleidet gewesen mit einem hellbraunen Wildledermantel. Er habe einen Stoffbeutel, d. h. einen Leinenbeutel in der Hand gehabt, der gut ein Drittel gefüllt gewesen sei und in den er immer wieder hineingegriffen habe. Dann habe der Angeklagte mit Schwung mit ausgestrecktem Arm in Richtung seiner Kollegen geworfen. Dabei habe er, so der Zeuge Bastian, mitbekommen, wie die Kollegen ausweichen mussten und die Feuerzeuge auch an den Schutzwesten abgeprallt seien. Es habe auch Treffer im Schulterbereich und Halsbereich gegeben, wobei die Kollegen hätten so ausweichen müssen, dass sie nicht am Kopf getroffen werden. Als er endlich über die Polizeiführung die Freigabe erhalten habe, sei die Tat des Angeklagten schon beendet gewesen. Der Kollege Schneider habe dann noch die Situation im Eingangsbereich auf Video aufgezeichnet. Bei einem Kollegen sei es an der Schulter weiß von Schneebällen gewesen. Zudem habe er einen Schneeballtreffer über der Türklinke dokumentiert. Die Feuerzeuge seien nicht nur abgelegt, sondern auch gezielt auf Polizisten geworfen worden. Deshalb habe er den Auftrag erhalten, den Angeklagten ausfindig zu machen. Anhand seiner Bekleidung sei dann der Angeklagte vor dem Landgericht festgestellt und fotografisch dokumentiert worden, was zum Unmut der Versammlungsteilnehmer geführt habe. Die Feststellung der Identität habe deshalb nach dem Abschluss der Demo erfolgen sollen, weil ein Zugriff während der Versammlung nicht als verhältnismäßig erschienen sei. Die Identitätsfeststellung sei dann am Rande der Demonstration auf Höhe des Kauflandes erfolgt, wobei ihm noch in Erinnerung sei, dass da der Angeklagte sehr unkooperativ gewesen sei. Er habe laut angefangen zu schreien. Schließlich habe der Angeklagte seinen Personalausweis ausgehändigt.

Auf Nachfragen hat der Zeuge ausgesagt, der Angeklagte habe etwa 3-5 Mal geworfen, die Hände immer voll mit Feuerzeugen, also pro Wurf jeweils mehrere Feuerzeuge. Der Angeklagte habe bei den Würfeln in vorderster Reihe gestanden. Als das Okay für die Videoaufzeichnung gekommen sei, sei die Tathandlung schon beendet gewesen. Der Angeklagte sei durch die Intensität seiner Würfe und auch durch seine Kleidung am stärksten auffällig gewesen. Zuvor sei von den Werfern aus der Menge heraus niemand für ihn individualisierbar gewesen. Aus der ersten Reihe heraus habe außer dem Angeklagten

niemand direkt auf die Beamten geworfen. Da habe es keinen anderen gegeben, der in einen Stoffbeutel reingegriffen und immer wieder eine Handvoll geworfen habe, deshalb sei der Angeklagte sehr auffällig gewesen. Nach seiner Erinnerung sei die Wurfbewegung ein über die Schulter gezogener Arm von oben gewesen.

Auf Fragen hat der Zeuge Bastian weiter ausgesagt, er sei zwar seit 2011 bereits öfter zu diesen Anlässen bei Demonstrationen in Dessau im Einsatz gewesen, aber diesmal sei er zum ersten Mal als BeDo-Truppführer eingesetzt gewesen. Zudem habe es Feuerzeugwürfe in diesem Jahr zum ersten Mal gegeben. Weil er bei diesem Einsatz eine andere Aufgabe als sonst gehabt habe, habe er dadurch gute Erinnerungen an diesen Einsatz. Den Schnee auf der Schulter eines Kollegen habe er nicht vor Ort wahrgenommen, sondern erst einige Tage später bei der Sichtung der Fotos im Nachgang. Er habe zudem einen Schnellballabdruck auf der Glasscheibe dokumentiert oberhalb der Türklinke. Auch habe er die Anzahl der Feuerzeuge, die im Eingangsbereich auf dem Boden lagen, anschließend fotografiert. Diese Fotos habe er zuletzt etwa vor 3 Jahren gesehen. Als der Kollege nach der Freigabe die Kamera eingeschaltet habe, sei der Angeklagte nicht mehr in dem Bereich gewesen, dass die Kamera ihn habe erfassen können. Sonst wäre die Maßnahme vor dem Landgericht, die zur Dokumentation des Angeklagten erfolgt sei, auch überflüssig gewesen.

Auf weitere Fragen hat der Zeuge Bastian glaubhaft ausgesagt, dass nach seiner Erinnerung die Kollegen Dikta, Lotze, Koop, Mücke und Vorsprecher im überdachten Eingangsbereich gestanden hätten.

Die Angaben des Zeugen Bastian waren glaubhaft, der Zeuge war glaubwürdig. Der Zeuge hat bei seiner Vernehmung auf Frage des Verteidigers ausgesagt, dass er als Polizeibeamter auch die Aufgabe habe, strafverfolgend von Amts wegen tätig zu sein, weshalb er so arbeiten möchte, dass seine Beweissicherung auch gerichtsverwertbar sei, damit es bei einer Tat, die aus seiner Sicht eine Straftat darstelle, zu einer Verurteilung kommen könne. Die Annahme, der Zeuge würde den Angeklagten zu Unrecht belasten, lässt sich hieraus zur Überzeugung des Gerichts nicht herleiten. Der Zeuge Bastian hat weiter ausgesagt, im vorliegenden Fall sei die Tat für ihn als solche alltäglich, die Nachbereitung, die Gerichtsverhandlung und die Dauer des Verfahrens sowie die Dauer der Befragung von Zeugen sei dagegen eher unüblich. Hierbei, so der Zeuge weiter, sei ihm die Brisanz des Verfahrens sehr wohl bewusst, da das Thema Oury Jalloh insgesamt ein schwieriges Thema für alle sei, für sie als Polizeibeamte, für Dessau, die Staatsanwaltschaft: Ein sensibles Thema. Dies erschwere aus seiner Sicht für sie das Arbeiten, da es nicht üblich sei, dass das Videografieren unter Polizeiführervorbehalt stehe und dass Kollegen, die mit Schneebällen und Feuerzeugen beworfen werden, darauf nicht reagiert haben. Ohne Polizeiführervorbehalt hätte die Videoaufzeichnung eher stattgefunden. Er selber, so der Zeuge Bastian, habe die Erfahrung gemacht, dass Videoaufzeichnungen am Rande einer Demonstration deeskalierend wirken, da Teilnehmer damit rechnen müssten, dass Straftaten dokumentiert werden.

Den oben getroffenen Feststellungen stehen auch nicht die sonst in der Hauptverhandlung ausgeschöpften Beweise entgegen.

Der Zeuge Steinberg hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung zunächst von seinem Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 StPO Gebrauch gemacht, jedoch auf Bitte des Angeklagten schließlich doch vor Gericht ausgesagt. Soweit er bei seiner Vernehmung angegeben hat, er habe keine gezielten Würfe wahrgenommen, steht dies der Glaubhaftigkeit der Angaben der Polizeibeamten zum Tatgeschehen nicht entgegen. Der Zeuge Steinberg, der sich teilweise in der Nähe der Polizeibeamten aufgehalten haben will, hat nach eigener Aussage seinen Standpunkt fortlaufend gewechselt und sich zeitweilig auch in der Menge der Demonstrationsteilnehmer und in der Nähe des Lautsprecherwagens aufgehalten. An Schnee hatte er zunächst überhaupt keine Erinnerung. Schneeballwürfe hat er nach seiner Aussage auch nicht wahrgenommen, wobei Schneeballabdrücke auf den in

Augenschein genommenen Fotos bzw. Videoaufzeichnungen im Eingangsbereich an der Tür und am Mauerwerk des Gebäudes der Staatsanwaltschaft zu erkennen waren und auch von den Zeugen Ndindah und Mensah-Schramm geschildert wurden. Zudem hat der Zeuge nach eigener Aussage gegen Ende der Zwischenkundgebung eine Bekannte getroffen, die ihn noch zum Kaffee einladen wollte. Am Ende habe er nur noch darauf gewartet, dass es weitergehe, da es sehr kalt gewesen sei. In seinem Zeitungsartikel vom 12.4.2017, der dem Zeugen in der Hauptverhandlung vorgehalten wurde, hatte der Zeuge Steinberg zum angeklagten Tatvorwurf der Feuerzeugwürfe geschrieben: "Der Vorwurf, dass an diesem Tag sehr viele vor der Staatsanwaltschaft geworfen wurden, ist richtig. Allerdings drängte sich dem daneben stehenden Reporter, der die Szene lange, wenn auch nicht die gesamte Zeit über beobachtet hat, kein Eindruck akuter oder auch nur abstrakter Gefahr auf. Ebenso wenig konnte er polizeiliche Maßnahmen bemerken, den Feuerzeug-Regen einzudämmen,...".

Der Zeuge Steinberg hat weiter ausgesagt, es hätten einige damit begonnen, Feuerzeuge in Richtung der Polizeibeamten zu werfen, wobei er vermute, dass es leere Feuerzeuge gewesen seien. Ob der Angeklagte unter den Werfern gewesen sei, wisse er nicht. Der Angeklagte sei ihm schon seit Jahren bekannt, auch 2016 habe er diesen schon gekannt. Er könne nicht sagen, wann der Angeklagte ihm an diesem Tag aufgefallen sei. Er könne nicht sagen, ob er ihn vor der Staatsanwaltschaft wahrgenommen habe. Nach seiner Erinnerung seien die Feuerzeuge teilweise aus einer Plastiktüte heraus verteilt worden, die gut gefüllt gewesen sei. Die Würfe, die er wahrgenommen habe, seien nicht gezielt und kraftvoll gewesen, sondern eher von unten her. Irgendwann sei es ihm "zu langweilig" geworden, weshalb er sich auf dem Gelände weiterbewegt habe. Als sich der Demonstrationszug weiter vor das Landgericht bewegt habe, so der Zeuge, sei er ziemlich sicher eher vorn des Zuges mit dabei gewesen, da er üblicherweise versuche, im vorderen Teil zu laufen, von wo aus er sich drehe und gucke, was passiere. Als vor dem Landgericht dann wieder einige Reden gehalten worden seien, habe er sich gegenüber an der Einfahrt zu den Y-Häusern aufgehalten. Dort habe er zufällig das Gespräch zweier neben ihm stehender Polizisten wahrgenommen, die sich darüber unterhalten hätten, dass man irgendwann die Person festsetzen und die Personalien feststellen wolle. Welche Person gemeint gewesen sei, habe er nicht gewusst. Zu der Person sei noch die Äußerung gefallen, dass es keine „Klientel“ sei. Durch diese Wahrnehmungen des Zeugen wird zur Überzeugung des Gerichts bestätigt, dass zu dieser Zeit bereits Maßnahmen zur Identifizierung des Angeklagten durch die Polizei eingeleitet worden sind.

Auf Frage des Verteidigers, ob er über Straftaten berichtet hätte, hat der Zeuge entgegnet: Wenn ich es mitbekomme. Weiter hat er hierzu ausgeführt, dass ihm vor 2016 einmal vorgeworfen worden sei, dass er über Farbbeutelwürfe nicht berichtet habe. Er habe darüber nicht berichten können, weil er diese nicht gesehen habe. Auf den in Augenschein genommenen Videos zu den Geschehnissen vor der Staatsanwaltschaft ist der Zeuge Steinberg nicht zu sehen.

Der Zeuge Ndindah hat sich selbst als Aktivisten der Initiative bezeichnet und am Tag, so seine Aussage, sich zum Lautsprecherwagen begeben, der in der Einfahrt zur Staatsanwaltschaft gestanden habe, nachdem er zuvor die Feuerzeuge aus seiner Tüte den Polizeibeamten vor die Füße gekippt habe. Es seien Feuerzeuge und Schneebälle geworfen worden. Schneebälle seien parallel zu den Feuerzeugen geworfen worden, allerdings nicht von vorne, sondern von weiter hinten, aus dem Demonstrationsbereich heraus. Als er vorne gewesen sei, habe er einen Schneeball ankommen sehen, der sei über den Polizeibeamten in die Ecke bei der Tür gegen die Mauer geflogen, mindestens einen halben Meter über den Beamten. Die Polizeibeamten hätten eher träge Ausweichbewegungen gemacht. Die 2 Würfe des Angeklagten, die er gesehen habe, seien mit links von oben ausgeführt worden in Richtung Tür, wo die Beamten gestanden hätten, denen vor die Füße. Der Angeklagte habe hierbei etwa einen halben bis einen Meter hinter dem Transparent gestanden, welches von 3 Leuten gehalten worden sei. Es habe Sprechchöre gegeben wie „Mörder“ und „fuck der police“, gerichtet gegen Staatsanwaltschaft und Polizei.

Der Zeuge hat weiter ausgesagt, seine Rede habe etwa 3 Minuten gedauert, vielleicht 3 ½ Minuten, max. 5 Minuten. Bei der Redevorbereitung orientiere er sich an einer Zeitdauer von 3 Minuten. Anschließend habe er mitgeholfen, den Lautsprecherwagen rückwärts auf die Straße zu schieben. Gegen Ende seiner max. 5 minütigen Rede sei der Angeklagte zurückgekommen, da habe er ihn bewusst wahrgenommen.

Der Zeuge Ndindah ist auch auf der Videoaufzeichnung zu sehen, die der Verteidiger vorgelegt hat, allerdings nur bis Minute 2:09.

Die Zeugin Mensah-Schramm hat vor Gericht als Zeugin ausgesagt, sie habe den Angeklagten zur damaligen Zeit noch nicht gekannt und ihn am Tattag nicht gesehen. Schneebälle seien von weiter hinten geworfen worden. Sie selbst habe auch ein Feuerzeug geworfen, von oben nach unten, etwa aus der Mitte der Menge heraus. Es seien zunächst vereinzelt Feuerzeuge geworfen worden, dann habe es eine Zeit gegeben, wo viele geworfen hätten, dann sei es abgeschwollen. Sie habe nicht gesehen, dass vor der Staatsanwaltschaft Feuerzeuge aus einem Beutel heraus verteilt worden seien. Es habe Chor-Rufe aus der Demo heraus sowie einzelne Zwischenrufe gegeben. Die Wut, die die Leute hätten, äußerte sich auch in den Parolen. Nach dem Werfen der Feuerzeuge habe es noch Rednerbeiträge gegeben, dann hätten sie ihren Weg fortgesetzt. Beim Weitergehen sei sie Mitte des Zuges gewesen.

Auf dem in Augenschein genommenen Video, welches der Verteidiger vorgelegt hat, ist die Zeugin Mensah-Schramm als Demonstrationsteilnehmerin einen Moment lang unmittelbar neben dem Angeklagten zu sehen. Da die Zeugin, so ihre Aussage, den Angeklagten zur Tatzeit noch nicht gekannt hat, ist glaubhaft, dass sie den Angeklagten am Tattag nicht bewusst wahrgenommen hat. Wo sie sich zur Tatzeit aufgehalten hat, konnte in der Hauptverhandlung nicht geklärt werden. Jedenfalls steht die Tatsache, dass die Zeugin die Tathandlung des Angeklagten nicht wahrgenommen hat oder nicht mehr in Erinnerung hat, den oben getroffenen Feststellungen nicht entgegen, zumal sich die Zeugin, so ihre Aussage, auch beim Lautsprecherwagen aufgehalten und eine ihr bekannte Person getroffen habe, so dass nachvollziehbar und wahrscheinlich ist, dass sie sich während der Tathandlung an einem anderen Ort aufgehalten hat und von dort die Tathandlung nicht wahrnehmen konnte. Soweit die Zeugin Mensah-Schramm weiter ausgesagt hat, vor der Staatsanwaltschaft seien mindestens 20 Polizisten mit Helmen auf dem Kopf, Visiere geschlossen und teilweise mit Schildern gewesen, die dicht an dicht in zwei Reihen gestanden hätten, was für sie ein massives Polizeiaufgebot für die kleine Örtlichkeit an der Staatsanwaltschaft gewesen sei, lag bei der Zeugin offensichtlich ein Irrtum bzw. eine Überlagerung von Erinnerungen an andere Ereignisse vor, denn aufgrund der in Augenschein genommenen Videoaufzeichnungen kann ein solches Polizeiaufgebot für den Tatort und die Tatzeit ausgeschlossen werden.

Der Zeuge PK Schneider hat glaubhaft ausgesagt, nach Reden vom Lautsprecherwagen seien vereinzelt Teilnehmer vorgekommen und hätten Feuerzeuge vor den Beamten niedergelegt bzw. vor diese hingeworfen. Aus der Menge heraus seien dann Feuerzeuge auch höher geworfen worden, auch im Kopfbereich der Kollegen, sowie Schneebälle. Treffer habe er keine beobachtet, aber die Kollegen hätten ausweichen müssen und hätten Meidbewegungen gemacht. Die Kamera habe er unter der Jacke gehabt, um diese vor der Kälte zu schützen. Er habe die Tathandlung des Angeklagten selbst nicht wahrgenommen. Er sei von Kollegen auf den Angeklagten aufmerksam gemacht worden, vor dem Justizzentrum, weil dieser zielgerichtet mit einem Feuerzeug auf Kollegen geworfen haben soll, nicht vor sie hin, sondern gezielt Richtung Körper. Er selbst, so der Zeuge Schneider, habe nicht in Erinnerung, ob es einen Polizeiführer-Vorbehalt gegeben habe, es sei zu lange her. In einem solchen Fall müsste die Erlaubnis über den Truppführer, von dort über den Kommandoführer usw. bis hin zur Polizeiführung erfragt werden. Die Genehmigung würde dann in umgekehrter Reihenfolge auf dem entsprechenden Weg erteilt werden.

Der Zeuge hat weiter ausgesagt, es habe Rufe wie „Mörder“ und „das war Mord“ gegeben.

Die Aussage des Zeugen Schneider steht zur Überzeugung des Gerichts der Glaubhaftigkeit der Angaben der anderen Polizeibeamten nicht entgegen. Auf der Videoaufzeichnung, die von dem Zeugen Schneider als BeDo-Beamter am Tattag am Tatort gefertigt wurde, ist ersichtlich, dass in dem Zeitpunkt, zu welchem die Videoaufzeichnung beginnt, die Tathandlung nicht mehr zu sehen ist, weil sie zu dieser Zeit bereits beendet war. Man sieht aber, dass von dem Standpunkt des Zeugen Schneider aus die Sicht auf einen Teil der Demonstrationsteilnehmer der ersten Reihe durch einen Baum verdeckt ist. Gerade die Angaben des Zeugen Schneider bekräftigen die Glaubhaftigkeit der Angaben der anderen Polizeibeamten und stehen der Annahme des Verteidigers, Polizeibeamte würden vor Gericht allesamt nur eine abgesprochene Aussage tätigen und wären insgesamt nur wie ein Zeuge zu würdigen, entgegen.

Auf der Videoaufzeichnung, die durch den Verteidiger vorgelegt wurde, ist zunächst zu sehen, wie der Angeklagte am Lautsprecherwagen eine Rede hält und in dieser schließlich ankündigt, dass sie nun den Polizeibeamten die Feuerzeuge vor die Füße werfen werden. Anschließend sieht man, wie der Angeklagte mit einer großen braunen, etwa Din-A-4-großen Papiertüte mit Henkeln in der Hand vom Lautsprecherwagen aus an anderen Demonstrationsteilnehmern vorbei nach vorne geht, von wo aus er in einem Abstand von ca. ein bis zwei Meter hinter den Demonstrationsteilnehmern, die dort in der ersten Reihe ein Banner halten, dreimal Feuerzeuge, die er aus einer Papiertüte in seiner Hand hervorholt, mit der linken Hand von oben in Richtung des Eingangs der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und der dort befindlichen Polizeibeamten wirft, wobei bei diesen Würfen davon auszugehen ist, dass die Feuerzeuge im Bereich der Pflasterung vor den Füßen der Polizeibeamten auf den Boden gefallen sind. Zudem ist auf der Videoaufzeichnung zu erkennen, dass der Zeuge Ndindah sich an den Demonstrationsteilnehmern, die das Banner halten, vorbei nach vorne begibt und kurz darauf, wenige Sekunden nach dem letzten sichtbaren Wurf des Angeklagten, von dort zurückkehrt, und zwar bei Minute 2:05 der Videoaufzeichnung. Anschließend sieht man auf der Videoaufzeichnung nahezu eine Minute lang nur die Füße der Polizeibeamten und den gepflasterten Bereich vor den Füßen der Polizeibeamten, auf dem zu dieser Zeit mehrmals Schneebälle und Feuerzeuge niedergehen. Zugleich sind Rufe wie "Oury Jalloh, das war Mord" und "fuck the police" sprechchorartig bzw. als lautstarke Rufe einzelner Demonstrationsteilnehmer zu hören. Bei Minute 3:11 dieser Videoaufzeichnung, die insgesamt 4 Minuten und 21 Sekunden lang ist, ist jedoch erkennbar, dass das Video an dieser Stelle geschnitten wurde. An dieser Stelle wurde entweder ein Teil eines länger dauernden Videos herausgeschnitten, oder aber es wurden zwei Videos als vermeintlich ein Video zusammengefügt. Abgesehen davon, dass ein orange-weißer Metallpoller, der sich an dieser Stelle zunächst im Bild befindet, plötzlich "sprunghaft" aus diesem verschwindet, steht zudem ein Polizeibeamter, und zwar der Zeuge Dikta, der kurz davor noch mit den Füßen nach vorne gerichtet mit dem Rücken zur Tür unmittelbar vor der Staatsanwaltschaft steht, plötzlich seitlich vor der Tür. Sodann ist etwa bei Minute 3:30 auf diesem Video zu sehen, dass der Zeuge Dikta dabei ist, über Sprechfunk etwas durchzugeben. Kurz darauf erscheint ein weiterer Polizeibeamter und nimmt Kontakt mit dem PK Dikta auf, bevor dieser sich etwa bei Minute 4:08 wieder von dort entfernt.

Es kann dahinstehen, ob die Videoaufzeichnung, die vom Verteidiger vorgelegt wurde, wie dieser meint, etwa an der Stelle endet, an der die Videoaufzeichnung, die der Polizeikommissar Schneider gefertigt hat, beginnt. Gleich zu Beginn der Videoaufzeichnung, die PK Schneider am Tattag von der Situation vor der Staatsanwaltschaft gefertigt hat, ist keine Person mit Transparent mehr auf dem gepflasterten Weg vor der Staatsanwaltschaft zu sehen. Man hört sprechchorartige Rufe wie "fuck the police" und mindestens ab Minute 0:17 eine weibliche Stimme über Lautsprecher vom Lautsprecherwagen der Demonstrationsteilnehmer. Bei Minute 1:26 sieht man den Lautsprecherwagen auf der Ruststraße bereits in Vorwärtsbewegung auf der Fahrt Richtung Landgericht in der Menge der abziehenden Demonstrationsteilnehmer. Das Video, das PK Schneider aufgenommen hat, hat nur eine Gesamtlänge von 1:38. Die Zwischenkundgebung vor der Staatsanwaltschaft hatte bei Beginn dieser Videoaufzeichnung augenscheinlich ein Ende

gefunden und die Demonstrationsteilnehmer bewegen sich in der überwiegenden Zahl von der Staatsanwaltschaft weg, um den Demonstrationzug in Richtung Landgericht fortzusetzen. Zudem ist, wie dargelegt, über den Lautsprecherwagen eine weibliche Stimme zu hören, nicht hingegen die Stimme des Zeugen Ndindah, der ja eine etwa dreiminütige Rede gehalten haben will, nachdem er zuvor, so seine Aussage, seinen Beutel mit Feuerzeugen vor den Polizeibeamten ausgeleert hatte. Da der Zeuge Ndindah bei Minute 2:09 noch im Bereich der Banner tragenden Demonstrationsteilnehmer auf dem Video zu sehen ist, er von dort noch den Weg zum Lautsprecherwagen durch die Menschenmenge zurücklegen musste und dort, so seine Aussage, eine etwa drei- bis maximal fünf-minütige Rede gehalten hat, wobei aber die vom Verteidiger vorgelegte Videoaufzeichnung 2 Minuten und 12 Sekunden nach dem Zeitpunkt endet, zu welchem der Zeuge seinen Rückweg angetreten hat, ergibt sich aufgrund des Endes der Videoaufzeichnung bei Minute 4:21, dass der fehlende Teil bei der Videoaufzeichnung durchaus eine Dauer zwischen etwa 30 Sekunden und einer Minute oder gar mehr hat. Auch sind bei Fortgang des Videos bei Minute 3:11 auf dem Boden einige Feuerzeuge zu erkennen, die vorher nicht da waren. Unter weiterer Berücksichtigung des auf der Videoaufzeichnung erkennbaren Sprechkontaktes des Zeugen Dikta über Funk und seines anschließenden Kontaktes mit einem weiteren Polizeibeamten steht zur Überzeugung des Gerichts fest, dass genau zu der Zeit, die bei Minute 3:11 auf der vom Verteidiger vorgelegten Videoaufzeichnung fehlt, die Tathandlung des Angeklagten stattgefunden hat, welche die Polizeibeamten als Zeugen in der Hauptverhandlung beschrieben haben. Es mag überraschend erscheinen, dass von einem Aktivisten der Initiative, die seit Jahren insbesondere der Polizei Beweismittelmanipulation im Fall Oury Jalloh vorwirft, in diesem Verfahren ein augenscheinlich geschnittenes Video vorgelegt wurde.

IV.

Durch den festgestellten Sachverhalt hat sich der Angeklagte wegen versuchter Körperverletzung in zwei rechtlich zusammentreffenden Fällen gemäß §§ 223 Abs. 1, Abs. 2, 22, 23, 52 StGB schuldig gemacht. Nach dem äußeren Erscheinungsbild der Tat ist davon auszugehen, dass der Angeklagte mindestens billigend in Kauf genommen hat, die Polizeibeamten Lotze und Dikta im Kopfbereich zu verletzen bzw. ihnen zumindest Schmerzen zuzufügen. Demgegenüber war nicht zweifelsfrei festzustellen, dass der Angeklagte die Polizeibeamten im Sinne zielgerichteten Handelns zu Ausweichbewegungen nötigen wollte und durch sein Werfen die Ausweichbewegungen der Polizeibeamten im Sinne von § 240 Abs. 2 StPO angestrebt hat, so dass im Ergebnis der Beweisaufnahme nicht von einer Tateinheitlich begangenen Nötigung im Sinne von § 240 StGB ausgegangen wurde.

V.

Bei der Strafzumessung war zugunsten des Angeklagten zu berücksichtigen, dass er nicht vorbestraft ist, dass die Verletzungshandlung nicht von besonderer Erheblichkeit war und letztendlich durch die Meidbewegungen der Polizeibeamten auch ein Verletzungserfolg ausgeblieben ist, weshalb von der Strafmilderungsmöglichkeit gemäß §§ 23 Abs. 2, 49 Abs. 1 StGB Gebrauch gemacht wurde. Auch war zu berücksichtigen, dass die Tat mittlerweile drei Jahre zurückliegt. Nach Abwägung sämtlicher Strafzumessungsgesichtspunkte war die Verhängung einer Geldstrafe im untersten Bereich des Strafrahmens ausreichend und in Höhe von 15 Tagessätzen Tat und Schuld angemessen. Unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten wurde die Höhe eines Tagessatzes auf 20,- € als angemessen festgesetzt. Hierbei wurde, wie bei allen Geringverdienern auch, ein deutlicher Abschlag vorgenommen, so dass statt einer Tagessatzhöhe von 26,- € eine Tagessatzhöhe von 20,- € als ausreichend und angemessen erachtet wurde. Zudem wurden dem Angeklagten Zahlungserleichterungen gemäß § 42 StGB zugebilligt.

VI.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 465 Abs. 1 StPO.

Rosenberg
Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt
Amtsgericht Dessau-Roßlau, 24.04.2019

Kubaty, Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

